



**Attac Köln
Arbeitskreis
Bildung und Erziehung**

AK:BE-Rundbrief

Null-Nummer Oktober 2008

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

der Attac-Herbstratschlag vom vergangenen Wochenende hat in Bezug auf unseren Arbeitskreis zwei Punkte deutlich gemacht:

1. Wenn wir mit unserem Themenkreis auch in Attac eine breitere Wirkung erzielen wollen, müssen wir stärker in die Vollen gehen.
2. Über die Bildungspolitik und die Inhalte von Bildung hinaus müssen wir auch Bildung in und durch Attac in den Blick nehmen.

Beide Punkte haben mich auf die Idee eines Rundbriefs gebracht. Er könnte durch einen wachsenden Leserkreis zum einen unsere Schwerpunkte auch innerhalb von Attac ins Bewusstsein rücken und zum anderen die kommunikativen Möglichkeiten schaffen, die schließlich auf eine anerkannte Bundes-AG hinauslaufen. Mit dieser Intention lege ich also vorschlagsweise diese Nullnummer vor und bitte Euch um kritische Prüfung von Idee und Inhalt.

- Im ersten Beitrag hat der Vizepräsident der BDA und Vorsitzende BDA/BDI-Fachausschusses Bildung/Berufliche Bildung, Dr. Gerhard F. Braun, dargestellt, worum es aus seiner Sicht bei Bildung und Erziehung in Deutschland gehen soll. Und wie wir schon wissen, stellt sich heraus, dass diese Positionen ein Stück weit deckungsgleich sind mit unserer Ablehnung der Dominanz des Traditionalismus' im Bildungswesen.
- Eine andere arbeitgeberkongruente, aber eben auch in weiten Teilen mit unseren Vorstellungen übereinstimmende Position wird im zweiten Beitrag deutlich. Hier geht es um die Studie "Zukunftvermögen Bildung", die McKinsey & Co erstellt haben, und die die taz zu der Forderung nach einem zweiten 500-Mrd-Euro-Paket, eben für die Bildung, veranlasst hat.
- In den beiden folgenden Artikeln wird, zum einen seitens der GEW Sachsen, zum andern durch den Bildungsforscher Jürgen Baumert, noch einmal das gigantische Risikopotential aufgezeigt, das aus der Selektion in unserem vielgliedrigen Schulsystem resultiert.
- Und ganz zum Schluss gibt es noch eine hoffnungsfroh stimmende Meldung aus Hessen, wo Schulstrukturvorstellungen entwickelt werden, die schon über das Zweisäulenmodell hinaus zu reichen scheinen. Mal schau'n, was draus wird.

Aufschluss und Spaß beim Lesen wünscht Euch

● **Deutschland muss Bildungsrepublik werden!**

Die Vorschläge der deutschen Wirtschaft zum Bildungsgipfel 2008

Statement von Dr. Gerhard F. Braun

Vizepräsident der BDA und Vorsitzender BDA/BDI-Fachausschusses Bildung/Berufliche Bildung,
1. Oktober 2008

Bildung ist ein Schicksalsthema für Deutschland, von dem die Zukunft jedes einzelnen Bürgers und der deutschen Gesellschaft insgesamt abhängt. Uns darf kein Talent verloren gehen.

Bildungspolitik ist aber auch die nachhaltigste Sozialpolitik, sie ist Politik für mehr Gerechtigkeit. Wessen Talente so entwickelt wurden, dass sie oder er eine nützliche und aktive Rolle in Familie, Wirtschaft und Gesellschaft ausfüllen kann, gestaltet sein Leben selbstständig und hängt nicht am Tropf staatlicher Transferleistungen.

Bildungspolitik ist auch ganz klar Standortpolitik: Denn nur mit motivierten und je nach ihren Fähigkeiten bestausgebildeten Menschen lassen sich neue Ideen entwickeln und hochwertige, oft sogar einzigartige Produkte und Dienstleistungen anbieten, die uns im harten globalen Wettbewerb Marktchancen sichern.

Die deutsche Wirtschaft begrüßt daher sehr, dass Bildungspolitik auf der politischen Agenda ganz oben angesiedelt wird und unterstützt den persönlichen Anstoß der Bundeskanzlerin, die Bildung zur Chefsache zu machen.

Wir hoffen, dass die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit der Kanzlerin diese Botschaft vom Bildungsgipfel aussenden und eine breite, von allen getragene nationale Qualifizierungsinitiative starten.

Damit Deutschland zur Bildungsrepublik wird, muss jedes Bundesland Bildungsland werden, und alle müssen an einem Strang ziehen. Ich warne schon jetzt vor falschen und klein karierten Kompetenzdebatten. Jeder weiß und niemand stellt in Frage, dass die Gesetzgebungskompetenz und zentrale Zuständigkeit bei den Ländern liegt.

Statt Debatten über formelle Zuständigkeiten muss auf das konkrete Gelingen abgestellt werden: Wir brauchen mehr Qualität im Bildungssystem. Und hier haben wir aktuell eine besonders große Chance: Die Schülerzahl wird in den nächsten Jahren deutlich sinken; in den neuen Bundesländern wird sie sich von 2002 bis 2011 sogar halbieren. Dadurch entsteht schon 2012 ein finanzieller Spielraum von rund 8 bis 10 Milliarden Euro.

Hier darf aber niemand auf die Idee kommen, die Gleichung aufzumachen: weniger Schüler ist gleich weniger Geld. Die Gleichung muss vielmehr heißen: weniger Schüler bei gleichem Geld ist gleich höhere Qualität.

Das Geld darf nicht aus der Bildung in die allgemeine Spargbüchse wandern. Und der Fortschritt hin zu mehr Qualität muss messbar gemacht werden. Bund und Länder müssen beim Bildungsgipfel konkrete Zielmarken festlegen. So entsteht Veränderungsdruck, der allein von Sonntagsreden nicht ausgeht:

- Für die frühkindliche Bildung heißt das: Bis 2015 muss mindestens die Hälfte der Kindergarteneleitungen über eine pädagogische Hochschulausbildung oder vergleichbare Kompetenzen verfügen.
Zudem muss bis dahin in allen Kindergärten mindestens eine Fachkraft so aus- oder weitergebildet sein, dass sie den Kindern naturwissenschaftliche Phänomene altersgerecht erklären kann.

- Für die Schulbildung heißt das vor allem: Die Quote der Schulabbrecher von aktuell 8 Prozent – das sind 80.000 junge Menschen pro Jahr – muss bis 2015 auf 4 Prozent halbiert werden.
- Für die Hochschulbildung heißt das vor allem: Die Quote der Studienabbrecher muss von heute 21 Prozent bis 2015 auf 10 Prozent reduziert werden.

Wir erwarten, dass beim Bildungsgipfel diese Ziele mit konkreten Handlungsschritten unterfüttert werden.

Das gemeinsame Präsidium von BDA und BDI hat einen 9-Punkte-Katalog entwickelt, an dem wir die Verabredungen und Zielmarken des Gipfels messen werden.

Dabei weiß die Wirtschaft, dass sie auch selbst gefordert ist. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Deutsche Unternehmen investieren in die betriebliche Ausbildung junger Menschen jährlich rund 28 Milliarden Euro. Und sie geben darüber hinaus für die betriebliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter jährlich noch einmal 27 Milliarden Euro aus. Das heißt: 55 Milliarden Euro investieren Unternehmen pro Jahr in die betriebliche Qualifizierung.

Aber auch außerhalb der Betriebe ist die deutsche Wirtschaft aktiv für bessere Bildung unterwegs. Ein Beispiel aus den Hochschulen: 33 Prozent aller Mitglieder von Hochschulräten kommen aus Unternehmen. Das sind mehrere hundert Personen – vielfach Betriebsinhaber, Geschäftsführer oder Vorstandsmitglieder.

Auch engagieren sich zahlreiche Betriebe als Partner der Hochschulen in dualen Studiengängen: Im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich ist es unser Ziel, das Angebot von rund 15.000 Plätzen bis 2015 um 50 Prozent zu erhöhen.

Ein ganz besonderes Anliegen ist uns die Sicherung des Nachwuchses in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – den so genannten MINT-Fächern. Denn schon heute fehlt es in vielen technischen und naturwissenschaftlichen Berufen an Nachwuchs. So fehlen aktuell allein 70.000 Ingenieure. Und der Mangel wird sich noch verstärken: Stehen schon heute 100 älteren Fachkräften mit einer MINT-Hochschulbildung nur noch 90 jüngere Fachkräfte mit dieser Qualifikation gegenüber, werden es 2020 sogar nur noch 70 sein.

Wenn wir nicht in Schule und Hochschule massiv gegensteuern und auch eine gezielte Anwerbung Hochqualifizierter aus dem Ausland betreiben, erwächst hier eine geradezu existenzielle Gefährdung unseres Industriestandortes. Wir müssen jungen Menschen Lust auf MINT machen. Denn MINT steht nicht nur für hervorragende berufliche Chancen. Mathematik beispielsweise steht für die Frage, welche Chance ich habe, im Lotto zu gewinnen. Und ohne Technik wären wir nicht zum Mond geflogen oder würden auf Reisen weder telefonieren noch Musik hören. Von trockener Materie kann also keine Rede sein.

Um mehr junge Menschen für MINT zu gewinnen und Kindergärten, Schulen und Hochschulen bei der MINT-Bildung zu unterstützen haben wir die Initiative „MINT-Zukunft schaffen“ aus der Taufe gehoben. Derzeit arbeitet die daran, viele tausend MINT-Botschafter aus der Wirtschaft zu gewinnen, die in den Schulen aktiv werden.

Aber auch der Bildungsgipfel muss MINT zu einem Schwerpunkt machen. MINT muss einen festen Platz in der Bildung bekommen. In der Schule etwa sollten zwei naturwissenschaftlich-technische Fächer bis zum Abitur Pflicht werden.

Ganz besonders wichtig sind mir aus unserem 9-Punkte-Katalog folgende Ziele:

- Frühkindliche Bildung muss zur ersten Stufe des Bildungssystems ausgebaut werden. Denn Kinder sind besonders neugierig und aufnahmefähig. Mit einfachen Experimenten kann man ihr Verständnis für Naturphänomene fördern.

Sprache, die allzu oft eine große Hürde auf dem weiteren Bildungsweg ist, kann durch einfache Rollenspiele entwickelt werden. Damit dies für alle Kinder gelingt, brauchen wir als ersten Schritt ein obligatorisches beitragsfreies Vorschuljahr.

Die Wirtschaft unterstützt die Kindergärten bei ihrem Bildungsauftrag: Die Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen schulen zum Beispiel Erzieherinnen, damit sie Kindern naturwissenschaftliche Phänomene veranschaulichen können. Seit Januar 2006 haben bereits rund 1.500 Erzieherinnen teilgenommen.

- Ökonomische Bildung muss gestärkt werden. Weil in den Schulen grundlegende wirtschaftliche Kenntnisse nicht vermittelt werden, ist mangelndes ökonomisches Verständnis ein echtes Problem.

Ohne ökonomische Grundkenntnisse ist der Beeinflussung durch Vorurteile in bestimmten Medien, durch politische Rattenfänger, durch verantwortungslose Verkaufsstrategien Tür und Tor geöffnet.

Schule muss ökonomische Bildung fest in ihrem Kanon verankern. Dabei geht es um ganz grundlegende Fragen: Wie bilden sich Preise? Wodurch entstehen Arbeitsplätze? Wie gründe ich ein Unternehmen?

Um das anschaulich – nämlich möglichst vor Ort im Betrieb – vermitteln zu können brauchen Schulen Partner. Unser bundesweites Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT steht daher für die verbindliche Zusage, jeder interessierten Schule mindestens einen Partner aus der Wirtschaft zu vermitteln.

Vorfahrt für Bildung muss unser gemeinsames Ziel sein. Vorfahrt für Bildung ist auch der Maßstab an dem die deutsche Wirtschaft das Handeln von Bund und Ländern messen wird.

Quelle:

[http://www.bda-at-bildung.de/www/bdaonline.nsf/id/F827CD1DC43B5564C12574D50029B6F0/\\$file/Braun.pdf](http://www.bda-at-bildung.de/www/bdaonline.nsf/id/F827CD1DC43B5564C12574D50029B6F0/$file/Braun.pdf)

● McKinsey zur Notwendigkeit intensiverer Bildungsanstrengungen aus: taz

McKinsey: Bildung braucht 500-Milliarden-Paket

Sonst kostet der Fachkräftemangel Deutschland bis 2020 über eine Billion Euro, so die Unternehmensberater

BERLIN taz ■ Die Forderung ist fast frech: Wenige Tage nach dem Beschluss der Regierung, eine halbe Billion Euro zur Rettung der Banken bereitzuhalten, fordern Wirtschaftsvertreter, die gleiche Summe in Bildung und Qualifizierung zu stecken. Um den Fachkräftemangel abzuwenden, müssten in den nächsten 12 Jahren 500 Milliarden Euro investiert werden, rechnete die Unternehmensberatung McKinsey am Mittwoch vor. Sonst sei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet.

„Der Unterschied zwischen der Finanzkrise und der Bildungskrise ist nur, dass die eine plötzlich über uns hereinbricht, die andere aber schleichend voranschreitet“, sagte Nelson Killius

von McKinsey. Die Folgen seien bei beiden Krisen gravierend.

Die Unternehmensberater stützen sich auf eine Studie der Robert-Bosch-Stiftung. Die Stiftung ist Haupteigentümer des weltweit größten Automobilzulieferers, der Robert-Bosch GmbH, und damit selbst Arbeitgeber und Betroffener des Fachkräftemangels.

Der Studie nach werden bis zum Jahre 2020 rund 2,5 Millionen Menschen in den Unternehmen fehlen, und zwar hauptsächlich Facharbeiter und Akademiker. Sollte diese Lücke binnen zwölf Jahren nicht geschlossen werden, drohen der Volkswirtschaft Verluste von 1,2 Billionen Euro, warnen die Autoren. Die Verluste summieren sich aus

stockendem Wirtschaftswachstum, fehlenden Sozialbeiträgen, niedrigeren Löhnen und entgangenen Steuereinnahmen.

Die Wirtschaft schlägt eine konzertierte Aktion im arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Bereich vor. So könnte die Altersteilzeit in eine Bildungsteilzeit umgewandelt werden, damit sich Fachkräfte neben der Arbeit zu Akademikern weiterqualifizieren können. „Acht Prozent der Facharbeiter müssten studieren, wenn wir mit anderen Ländern Schritt halten wollen“, sagte Killius. Derzeit liege die Quote bei unter einem Prozent. Gleichzeitig sollte künftig die Hälfte der Schüler eines Jahrgangs zum Abitur und zum Studium geführt werden. Zurzeit schreibt

sich kaum mehr als ein Drittel der Schulabgänger an einer Hochschule ein.

Die Kosten für diese Fachkräfteoﬀensive sollen nach Vorstellungen von Bosch und McKinsey vor allem die Steuerzahler übernehmen. Die Wirtschaft könnte von den 500 Milliarden Euro 100 Millionen übernehmen, schlagen beide großzügig vor – schlappe 0,2 Prozent also. Damit könnte man laut McKinsey zum Beispiel einen bundesweiten Bildungsfonds der Arbeitgeber finanzieren, aus dem Studierende zinsgünstige Kredite erhalten. Bisher haben sich die Arbeitgebervereinigungen stets gegen einen bundesweiten Stipendien-topf und Zusagen gesperrt.

ANNA LEHMANN

Bildungsreform in Deutschland beschleunigen

Studie: Individuelle Förderung ist die Messlatte

18.10.2008 (redaktion/PM)

Um Wachstum und Wohlstand in Deutschland zu erhalten, müssen die Bildungsanstrengungen intensiviert und stark beschleunigt werden. Auf die steigende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften ist bisher weder der Arbeitsmarkt noch das Bildungssystem vorbereitet. Im Gegenteil: Der Bildungsabstand Deutschlands zu den wichtigen Industriestaaten vergrößert sich zusehends. So die Ergebnisse der Studie **"Zukunftsvermögen Bildung"** der Unternehmensberatung **McKinsey & Company** im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Die Studie stellt dar, wie die Bildungsreform in Deutschland beschleunigt, die Fachkräftelücke geschlossen und das Wachstum

gesichert werden kann.

"Aufgrund fehlender Investitionen und bedingt durch den Reformstau im Bildungswesen sowie den demografischen Wandel werden im Jahr 2020 in Deutschland rund 2,4 Millionen Fachkräfte fehlen. Daraus würde ein volkswirtschaftlicher Schaden von 1,2 Billionen Euro resultieren", schätzt Nelson Killius, Partner bei McKinsey. "Nur mit synchronen Weichenstellungen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik werden die Lücken geschlossen werden und genügend junge Menschen eine ausreichende Qualifikation erhalten", resümierte Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung.

Die Studie befasst sich beispielhaft mit zwei zentralen Bereichen, um aufzuzeigen, welche konkreten Veränderungen notwendig sind: Im Schulbereich erörtert sie die Führungsqualität an den Schulen, im Ausbildungsbereich die akademische Qualifizierung von Facharbeitern. Internationale Vergleiche zeigen, dass die Führungsqualität der Schulleitung ein entscheidender Hebel für das Leistungsniveau von Schulen ist. Mit einer gezielteren Vorbereitung auf diese Aufgaben und einem weiter entwickelten Qualitätsmanagement ließen sich Engpässe beseitigen. Gleichzeitig ist es im Ausbildungsbereich erforderlich, mehr Facharbeiter für eine Höherqualifizierung zu motivieren. Bis 2020 fehlen in Deutschland 1,2 Millionen Akademiker. Durch eine Steigerung der Erwerbstätigenquote lässt sich diese Lücke um 300.000 Personen verringern, durch Zuwanderung um noch einmal 200.000, durch bildungspolitische Maßnahmen um weitere 170.000. Um den verbleibenden Bedarf an circa 600.000 Akademikern zu decken, "müssten rund acht Prozent der unter 35-jährigen Facharbeiter von heute bis zum Jahr 2020 ein dreijähriges Studium absolviert haben", so Nelson Killius.

Die Studie zeigt: Die notwendige Beschleunigung der Bildungsreform zu einer Bildungsoffensive ist erst möglich, wenn ein Paradigmenwechsel in der Politik und den Bildungsinstitutionen vollzogen ist. Künftig muss der Bildungserfolg konsequent an der Zahl der Qualifizierten, die Schulen und Universitäten verlassen, gemessen werden. Für Lehrer und Dozenten heißt das, dass sie sich nicht mehr auf ihre Fachlichkeit zurückziehen können, sondern die individuelle Förderung ihrer Schüler und Studenten Messlatte für sie ist. Nur wenn auf allen Stufen des Bildungssystems signifikante Steigerungen erzielt werden – bei den Schwachen ebenso wie bei den Eliten – wird es erfolgreich sein. "Deshalb müssen wir verbindliche Kennzahlen in der Bildungspolitik definieren, regelmäßig ihre praktische Umsetzung überprüfen und die Ergebnisse transparent machen", sagt Dr. Ingrid Hamm.

Gastbeiträge namhafter Pädagogen wie Peter Fauser, Hartmut Ditton und Manfred Prenzel und "best practices" aus der Schweiz und Großbritannien runden die Studie ab. "Zukunftsvermögen Bildung" fordert zum Umdenken auf, diskutiert Modelle und Möglichkeiten zur Förderung und stellt Aufgaben und Finanzierung des Reformprozesses dar. Bildung ist, so die Experten, eine zwingende Investition zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wohlstands der Gesellschaft wie auch der Zukunftschancen des Einzelnen.

Quelle: http://bildungsklick.de/suche?ressort_id=2&volltext_suche=Bildungsreform+in+Deutschland+beschleunigen



Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss erneut bedrohlich zugenommen

Lippmann: "Jeder sechste Schüler muss um Zukunft bangen"

Magdeburg, 02.10.2008

Einen Tag, nach dem der Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt künftigen Fachkräftemangel prognostizierte, weist die Bildungsgewerkschaft des Landes auf eine Verschärfung der Situation bei den Schulabschlüssen als Schlüssel zum Berufseinstieg hin.

GEW-Landeschef, Thomas Lippmann, sagte dazu: "Der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss nimmt auch in diesem Jahr zu. Das ist eine bedrohliche Situation. Jeder sechste Schüler muss um seine berufliche und persönliche Zukunft bangen."

Hintergrund dieser Aussage ist, dass nach vorläufigen Angaben des Statistischen Landesamtes über die im zurückliegenden Schuljahr erreichten Schulabschlüsse der Anteil der Schüler am Altersjahrgang erneut steigt, der die allgemein bildenden Schule ganz ohne Abschluss bzw. nur mit einem Abschluss der Schulen für Lernbehinderungen sowie für geistige Behinderungen verlassen.

"Entgegen allen bisherigen Behauptungen, die Situation habe sich in den vergangenen Jahren verbessert, sprechen die nüchternen Zahlen eine deutlich andere Sprache," sagte Lippmann. Erneut verließen im letzten Schuljahr fast 2.600 Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen, ohne nach Erfüllung der neunjährigen Vollzeitschulpflicht zumindest einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Der Anteil dieser Jugendlichen an der Gesamtheit ihrer Altersgruppe (das sind aus den extrem schwachen Geburtsjahrgängen 1992/93 nur noch ca. 15.000 Schülerinnen und Schüler) steigt damit auf etwa 17 Prozent. Das ist jeder sechste Schüler aus diesem Jahrgang. Dabei verharrt der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Schulen ganz ohne Abschluss verlassen, auf dem hohen Niveau von ca. 8 Prozent, während der Anteil der Jugendlichen, die nur Abschlüsse der Förderschulen (für Lernbehinderte bzw. geistig Behinderte) erreichen, seit der Wende kontinuierlich ansteigt und inzwischen fast 10 Prozent der Gesamtschülerzahl eines Altersjahrganges ausmacht. "Beides sind bundesweite 'Spitzenwerte' und eine erdrückende Last für die weitere persönliche und berufliche Entwicklung der betroffenen Jugendlichen", fügte Lippmann hinzu.

Nach diesem Befund erweisen sich nach Auffassung der GEW auch alle bisherigen Versuche, den gleichzeitig rasant ansteigende Anteil von Hauptschulabschlüssen als das positive Ergebnis einer besseren Förderung der besonders leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler in den Sekundar- und Förderschulen zu deuten, als untauglich. "Der Anstieg bei den Hauptschulabschlüssen steht in Gegenteil in direktem Zusammenhang mit dem dramatisch sinkenden Anteil von Realschulabschlüssen – eine Entwicklung, die die ohnehin bestehenden Probleme bei der Nachwuchsgewinnung für die mittelständische Wirtschaft und die Handwerksbetriebe im Lande noch weiter verschärft".

Die GEW erwartet von allen Verantwortlichen, dass angesichts dieser dramatischen Entwicklung die bisher in der Öffentlichkeit betriebene "Augenwischerei" beendet wird. "In den im Bildungskonvent anstehenden Beratungen zur künftigen Entwicklung des Schulsystems in Sachsen-Anhalt muss endlich die wirkliche Dimension unserer Probleme zur Kenntnis genommen und konstruktiv und zielgerichtet an deren Überwindung gearbeitet werden", sagte Lippmann.

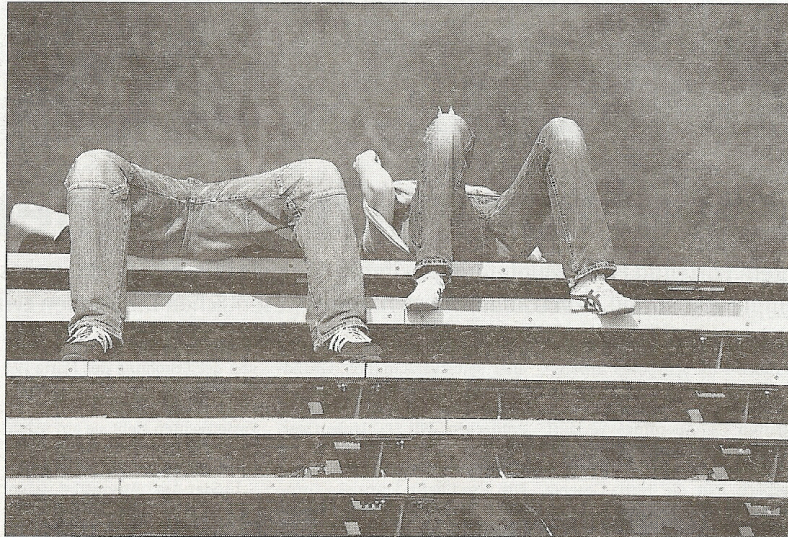
● **Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut:**

„Es gibt mehr Risikoschüler als gedacht“

Jeder fünfte Jugendliche kann zu wenig lesen und rechnen, mahnt Bildungsforscher Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut. Er hofft, dass Bund und Länder sich darauf einigen können, Geld zugunsten der schwächsten Schüler umzuverteilen

BILDUNG IM FOKUS

Am kommenden Mittwoch treffen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder zum **Bildungsgipfel** in Dresden. Auf dem Gipfel wollen sie Leitlinien beschließen, damit es in Zukunft mehr Fachkräfte und **weniger Schulabbrecher** gibt. Qua Grundgesetz ist eigentlich jedes Bundesland in eigener Regie für Schul- und Hochschulpolitik zuständig. Derzeit streiten die beiden Seiten noch, ob der Bund für bessere Bildung nur Geld geben soll oder bei dem Thema auch mitreden darf. Die Kultusminister der Länder haben sich auf ihrer Sitzung am Freitag darauf geeinigt, die **Lehrerbildung** zu vereinheitlichen. Sie appellierten an Bund und Länder, die **Bildungsausgaben** zu erhöhen. TAZ, EPD



Laut Bildungsforscher Baumert ein großes Problem: Risikoschüler fallen hinten über FOTO: VISION PHOTOS

Das wäre ein interessantes Experiment.

Aber löst es die Probleme? Zumindest verschwindet die Risikogruppe nicht, indem man einfach die Hauptschule abschafft.

Sondern? Die Lehrerbildung muss so verbessert werden, dass Lehrer im Unterricht stärker individuell differenzieren und gleichzeitig anspruchsvoll unterrichten. Man muss die Differenzierung des Schulsystems überdenken, wenn sich in Schulen belastete Milieus bilden. Hamburg verlängert jetzt die Grundschulzeit, Baden-Württemberg fördert die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen. Es gibt unterschiedliche Lösungen und nicht das eine Patentrezept. Wichtig ist, dass das Problem der Risikoschüler von den Ländern systematisch angegangen wird.

Sind die Vorschläge, die auf dem Bildungsgipfel diskutiert werden, richtig – etwa Sprachförderung vor Schulbeginn?

Frühe Förderung ist enorm wichtig. Entscheidend ist aber auch, Kinder systematisch weiter zu fördern. Die Problemzonen liegen nicht in den Gymnasien. Ich hoffe, dass Geld so umgeschichtet wird, dass die Schwächsten am deutlichsten profitieren. Ich wünsche mir ein länderübergreifendes Programm zur Förderung dieser Gruppe.

INTERVIEW ANNA LEHMANN

taz: Herr Baumert, sind Sie optimistisch, dass angesichts der Finanzkrise größere Summen fürs Bildungssystem abfallen?

Jürgen Baumert: Das hängt davon ab, ob es Bund und Länder schaffen, gemeinsam die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Am dringendsten ist meiner Meinung nach die frühe und andauernde Förderung der Sorgenkinder, jener Schüler, die bis zum 15. Lebensjahr nicht die für eine zukunftsfähige Berufsausbildung notwendigen Basisqualifikationen im Lesen und in Mathematik erreichen.

Die „Risikoschüler“?

Ja, und sie werden mit Recht Risikoschüler genannt, weil sie in ihrem Lebensweg gefährdet sind und dies soziale Sprengkraft für die Zukunft enthält.

Wie groß ist diese Gruppe?

Sie schwankt zwischen 20 und 23 Prozent eines Jahrgangs. Das heißt, jeder vierte bis fünfte Jugendliche, der die Schule verlässt, ist ungenügend auf den beruflichen Umgang mit Texten, Grafiken und mathematischen Sachverhalten vorbereitet.

Das wären über 200.000 Jugendliche – deutlich mehr als die knapp 80.000 Schulabbrecher, die Politiker als Risikogruppe benennen.

Wenn wir nur die Schulabbrecher sehen, unterschätzen wir die Zahl der Risikoschüler.

Wo lernen diese Schüler?

Man findet sie schon in der Grundschule. Auch dort gibt es bereits große Unterschiede, die während der Schulzeit jedoch nur wenig zunehmen. Später geht dann die Schere zwischen den Leistungen von Haupt-, Realschülern und Gymnasiasten vor allem in Mathematik und Englisch auf.

Wodurch entstehen die Unterschiede?

Den größten Einfluss hat die Familie. Wie viel Zeit sich Eltern für ihre Kinder nehmen, hat Einfluss auf deren spätere Leistungen. Daneben ist der Einfluss der Schule begrenzt. Die Grundschule hält Kinder unterschiedlicher Sozialschichten sogar beieinander: die Leistungsentwicklungen

verlaufen weitgehend parallel. Vielleicht darf man von der Schule realistischerweise nicht mehr verlangen, als dass sie die herkunftsbedingten Unterschiede nicht noch vergrößert.

Genau das passiert, wenn sich Hauptschüler deutlich weniger steigern als Gymnasiasten. Warum?

Drei Dinge können dafür verantwortlich sein: unterschiedliche individuelle Lernraten, die unterschiedliche Klassenzusammensetzung und eine unterschiedliche Unterrichtsqualität. Das Wichtigste sind die Qualität des Unterrichts und die Qualifikation der Lehrkräfte. Erst dann kommt die Klassenkomposition.

Also Gymnasiallehrer in die Hauptschule?



FOTO: ARCHIV

JÜRGEN BAUMERT, 66, ist Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Er koordinierte die erste Pisa-Studie 2001 in Deutschland.

10.10.08

● Mach et, Ypsi!

Neue Schulart in Hessen

Rot-Grün plant besonders finanziertes Ganztagsangebot ohne Sitzenbleiben und Querversetzungen

WIESBADEN ap ■ SPD und Grüne wollen in Hessen eine neue Schulart etablieren. In ihren Koalitionsverhandlungen verständigten sich beide Parteien auf die Einrichtung von Ganztagschulen, in denen es kein Sitzenbleiben und keine Querversetzungen mehr gibt. Das neue Angebot soll aber nur auf freiwilliger Basis eingeführt werden, betonten SPD-Generalsekretär Norbert Schmitt und der politische Geschäftsführer der Grünen, Kai Klose, am Freitag in Wiesbaden.

Nach ihren Worten haben sich beide Parteien bei ihren Koalitionsverhandlungen über die künftige Schulpolitik in Hessen verständigt. Es werde „längeres

gemeinsames Lernen“ geben, kündigten Schmitt und Klose an. SPD und Grüne in Hessen wollen versuchen, mithilfe der Linken eine Minderheitsregierung zu bilden, die an die Stelle des geschäftsführenden Kabinetts von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) treten soll.

In dem neuen Schultyp soll nicht mehr zwischen Haupt-, Real- und Gymnasialschülern unterschieden werden. Jede Schule solle selbst entscheiden können, ob sie sich zu so einer „neuen Schule“ entwickeln wolle. Allerdings sollten diese finanziell besonders gut ausgestattet werden, weil dort ein erhöhter pädagogischer Bedarf bestehe.

faz 18.10.08

● und zu guter Letzt ...

